

ihm von de Lubac stammt, und was immer die Motive derjenigen waren, die ihn gerade jetzt zur Veröffentlichung brachten – soll die Verantwortung der Bischöfe, stärker als dies im Touvier-Bericht geschieht, herausgestellt werden? –, seine Wirkung in der Sache hat er getan und wird er weiter tun. Die französische Kirche kann den

damit aufgeworfenen Fragen weniger denn je aus dem Weg gehen. Bleibt zu hoffen, daß ihre Bearbeitung in Frankreich und anderswo mit derselben uneingeschränkten Offenheit geschieht, wie sie Kardinal Decourtray – zum Mißfallen mancher rechtsextremer Kreise – vorgemacht hat.

K. N.

## Bundesrepublik: Veränderungen im Wahlverhalten?

Werden zunehmend Wahlen von denen entschieden, die gar nicht daran teilnehmen? *Nichtwähler* werden mehr und mehr zum großen Unsicherheitsfaktor, erschweren sichere Wahlprognosen, gefährden Wahlergebnisse, die eigentlich als schon ausgemacht gelten. Die Frage nach der Wahlbeteiligung nimmt an Bedeutung zu. Denn die Statistik wirkt überzeugend: Während bei der Bundestagswahl 1983 noch 89,1 Prozent der Wahlberechtigten – die Spitzenbeteiligung bei den Bundestagswahlen 1972 lag über 90 Prozent – an die Urne gingen, waren es 1990 (in der alten Bundesrepublik) nur noch 78,6 Prozent. Noch deutlicher wurde die Zunahme der Wahlenthaltungen bei den Landtagswahlen in Berlin 1989, in Bayern 1990, in Rheinland-Pfalz 1991 und in Hamburg 1991. Die niedrigste Beteiligung seit 1947 wurde 1990 bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen gemessen, bei der hessischen Landtagswahl 1991 die niedrigste seit 1950.

Bemerkenswert an den Anfang Februar von der baden-württembergischen Landeszentrale für politische Bildung vorgestellten neuen Untersuchungsergebnissen zum Phänomen der Nichtwähler ist in jedem Fall, daß – trotz der offenkundigen Brisanz der Fragestellung – die letzte deutsche Studie über Nichtwähler fast 20 Jahre zurückliegt.

Im Rahmen und als Grundlage einer Dissertation zum Thema „Nichtwähler“, die von der Konrad-Ade-

nauer-Stiftung herausgegeben werden wird, hat der Tübinger Politologe Michael Eilfort im Januar und Februar 1991 anlässlich der vorausgegangenen Bundestagswahl 20 304 nach einem Zufallsprinzip ausgewählten, wahlberechtigten Stuttgartern einen Fragebogen zugeschickt. Antwort bekam er von insgesamt 66,6 Prozent (13 521 Personen), die sich in 10 656 Wähler, 2398 Nichtwähler, 232 „Abmeldungen“ (zu alt, krank, verstorben, im Ausland) und 235 „Verweigerer“ aufteilten.

### Schwund der Wahlbeteiligung als Normalisierung?

Für die Frage, wie sehr die Gruppe der Nichtwähler in Zukunft Einfluß auf das Wahlverhalten haben und damit auch eine bestimmte politische Kultur prägen wird, ist entscheidend, in welchem Maße ihr Verhalten auf einen *Einstellungswandel* zurückgeführt werden kann. Eilfort stellt dazu die These auf, die Neigung zur Stimmenthaltung oder zur Stimmabgabe hänge wesentlich davon ab, „ob Wählen als Pflicht oder als Recht“ eingeschätzt werde. Die im internationalen Vergleich hohe Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik gebe einen Hinweis darauf, daß die starke soziale Norm des Wählen-Müssens deren politische Kultur charakterisiere.

In diesem Kontext ist es bemerkenswert, daß Eilfort die Zurückhaltung der Wissenschaft gegenüber der Un-

tersuchung des Phänomens „Nichtwähler“ in dem methodischen Problem der Erfassung dieser Bevölkerungsgruppe sieht: „Da die soziale Norm, zur Wahl gehen zu müssen, immer noch als stark empfunden wird, geben sich Nichtwähler bei mündlichen Umfragen ungern zu erkennen und neigen zu Falschaussagen.“ Für den durchschnittlichen bundesrepublikanischen Wahlberechtigten sei daher anzunehmen, daß er auch dann seine Stimme abgibt, wenn er beispielsweise die Wahl bereits für entschieden hält oder keiner der Kandidaten ihn direkt anspricht.

Das Umfrageergebnis zeigt: 72,6 Prozent der Wähler stimmen dem Satz voll zu, daß es Pflicht des Bürgers sei, seine Stimme abzugeben. Immerhin 27,1 Prozent der Nichtwähler sind der gleichen Auffassung, 26,8 Prozent von ihnen stimmen jedoch dieser Aussage gar nicht zu. Ein Trend für einen Einstellungswandel läßt der *Altersgruppenvergleich* erkennen: Hier stehen der vollen Zustimmung zur Bürgerpflicht Wahl bei 86 Prozent der 60- bis 69jährigen und 83,5 Prozent bei den 50- bis 59jährigen nur 52,3 Prozent bei den 18- bis 29jährigen gegenüber. Eilfort vermutet anhand dieser Ergebnisse, daß in diesem Einstellungswandel eine Ursache für den Schwund der Wahlbeteiligung liegt, schätzt diesen Rückgang jedoch nicht als Krisensymptom der Demokratie insgesamt, sondern als Ausdruck einer Normalisierung ein.

Auch bezüglich einer weiteren Einstellungsänderung zeichne sich, wenn auch erst zaghaft, im Altersgruppenvergleich ein gewisser Trend im Sinne einer *Individualisierung* ab. Wird der Gang zur Wahlurne zunehmend nach einem kühlen Kosten-Nutzen-Kalkül entschieden? Der Tübinger Politologe faßt diese Überlegungen zu einer grundsätzlichen politischen Verhaltensänderung in der These zusammen: „Der Wahlakt wird mehr und mehr als Form individueller Interessenwahrnehmung gesehen. Wer sich von der Stimmabgabe persönlich nichts verspricht, ist eher geneigt, darauf zu verzichten.“ Befragt nach der Zustimmung zu der Aussage „Bei einem Wahlsieg meiner Partei verspreche ich



mir persönliche Vorteile“ standen 35,4 Prozent bei den 18- bis 30jährigen nur 14,6 Prozent bei den 70jährigen gegenüber. Der Vergleich zwischen Wählern und Nichtwählern läßt daher noch keine großen Unterschiede erkennen. Und dennoch zeichne sich ab, daß der „idealistische, selbstlose Wähler, der sich für die seiner Ansicht nach dem Allgemeinwohl zuträglichste Partei entscheidet“, ein Auslaufmodell sei.

## Symptom einer Abwendung von der Politik

Zu der Frage der *Ursachen* – und solche Überlegungen dürften nicht nur für Wahlkampfstrategen wichtig sein – lassen, so Eilfort, die Umfrageergebnisse keine monokausalen Erklärungen zu. Es habe sich gezeigt, daß für eine Wahlenthaltung *nur selten ein einziger Grund* den Ausschlag gibt. Erst das Zusammenspiel mehrerer Gründe sei für die Stimmenthaltung entscheidend. Nicht bestätigen läßt sich aus den Ergebnissen dieser Umfrage die wohl weitverbreitete Ansicht, ein *sicher scheinender Wahlausgang* habe unmittelbare Auswirkungen auf die Höhe der Wahlbeteiligung: Die Bundestagswahl 1990 habe ein Großteil der Wahlberechtigten bereits vor der Wahl als entschieden betrachtet. Nur geringe Unterschiede habe es bezüglich dieser Einschätzung zwischen Wählern und Nichtwählern gegeben.

Aufschluß können die Untersuchungsergebnisse auch zu der vielzitierten *Politikverdrossenheit* geben: 44,9 Prozent der Nichtwähler pflichten uneingeschränkt der Aussage bei, Politiker würden sowieso machen, was sie wollen. Für 22,6 Prozent der Sichenthaltenden sind ohne Einschränkung die Parteien in ihrer Gesamtheit korrupt, immerhin noch 30,2 Prozent stimmen dem „eher zu“. Fazit: Nichtwähler haben ein wesentlich schlechteres Bild von Politikern und Parteien als ihre wählenden Mitbürger.

Abnehmende Wahlbeteiligung könne auch, so eine weitere Vermutung, eine beginnende Abwendung eines Teils der Bevölkerung von der Politik sein. Dies scheint die rapide – und deutlich

von anderen Berufsgruppen unterschiedene – Abnahme der Wahlbeteiligung vor allem der ungelerten und gelerten Arbeiter seit 1983 zu bestätigen. Die eifrigsten Wähler sind nach wie vor Beamte, gefolgt von Selbständigen und Angestellten. Auch die Regel einer Zunahme der Wahlbeteiligung mit einem höheren Sozialstatus bestätigt sich für Eilfort mit den Umfrageergebnissen. Die stärkste Gruppe der Nichtwähler verfügt über einen Hauptschulabschluß.

In der für die Analyse der gegenwärtigen politischen Kultur entscheidenden Frage, ob Wahlenthaltung Ausdruck von Desinteresse und Indifferenz oder doch Ergebnis bewußter Entscheidungsprozesse ist, ergibt sich für Eilfort das Bild des „nichtwählenden Wählers“. Denn nur 3,1 Prozent der Nichtwähler begründeten ihre Enthaltung mit politischem Desinteresse, während 21,7 Prozent politische Gründe dafür verantwortlich machten. 74 Prozent bezeichneten sich selbst als politisch interessiert. (Ein „sehr starkes politisches Interesse“ bekundeten allerdings nur 9,9 Pro-

zent, deutlich unterschieden von den 22,1 Prozent bei den Wählern.)

## Motive für die Wahlenthaltung

Eine Untersuchung des Sozialwissenschaftlers *Carsten Ascheberg* vom Heidelberger Sinus-Institut bestätigt die Untersuchungsergebnisse von Eilfort. Dieser Studie liegen mehrstündige Interviews mit 50 Nichtwählern bei der Bundestagswahl 1990 zugrunde. Sieben Motivgruppen haben sich für die Entscheidung zur Wahlenthaltung herauskristallisieren lassen: aggressive Abwendung von Parteien und Politikern, ein Gefühl von Satttheit, radikale Opposition gegen das politische System, die Einstellung, daß Wahlen angesichts der großen Probleme in der Welt sinnlos seien, politischer Protest aus einem aktuellen Anlaß, die selbstbewußte Ablehnung einer männlich dominierten politischen Arena durch Frauen und ein radikaler Individualismus, der sich von der Wahl keinen persönlichen Vorteil verspricht. A. F.

## Christen/Muslime: Wie kann der Dialog weitergehen?

Wie können Christen mit Muslimen, insbesondere mit Islamisten, muslimischen Fundamentalisten also, ins Gespräch kommen? Gibt es eine gemeinsame Sprache, die die gegenseitig aufgebauten Feindbilder abbauen helfen kann?

Diese Fragen wurden auf einem Symposium gestellt, zu dem die Stiftung der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt am 30./31. Januar zum Thema „Christen und Muslime in der Verantwortung für eine Welt- und Friedensordnung“ eingeladen hatte. Eine interessante Antwort kam von einem anwesenden Islamisten, dem Ägypter *Abmed El Khalifa*, Leiter des Islamischen Zentrums München. „Wir Muslime kennen unsere Väter nicht. Eine Zeitlang waren wir nicht Muslime.

Eine Zeitlang haben wir die eurozentrischen Gedanken übernommen. Plötzlich sind wir enttäuscht von diesen Gedanken. Wir wollen zurück zu unserem Islam und finden ihn nicht; vielleicht in den Büchern, aber in der Praxis finden wir ihn nicht. Wir suchen momentan. Es brütet bei uns momentan. Bei diesem Entwicklungsprozeß werden wir alle positive und negative Erfahrungen sammeln. Aber diese Erfahrungen, positive und negative, sind beide notwendig für eine Stabilisierung der Gesellschaft zum Schluß. Laßt uns mit unseren positiven und negativen Erfahrungen. Schaut uns zu und arbeitet mit uns in dem, was wir gemeinsam machen können.“ Damit gelang ihm eine prägnante Situationsbeschreibung und ein aufschlußreicher Einblick in die Gefühls-